

## Tageskalender.

Der Seniorenkongress des Reichstags beschloß, die Sicherungsanträge gegen das persönliche Regime für Mittwoch auf die Tagesordnung zu setzen. Für die Beratung sind drei Tage in Aussicht genommen.

Die erste Lesung des Reichsetats 1900/10 soll am 7. Dezember beginnen.

Die Konservativen und Nationalliberalen des sächsischen Landtags setzen jetzt ihre Standpunkteklärungen außerhalb der Kammer fort.

Die Schankkonzessionsvorlage wurde vom englischen Oberhaus abgelehnt.

## Am Vorabend der Entscheidung.

• Leipzig, 28. November.

Ein rundes Jahr ist verstrichen, seit die Zweite Kammer die Hohenthalsche Wahlrechtsvorlage in allgemeine Vorbereitung nahm. Graf Hohenthal leitete die Verhandlungen damals ein mit einer Rede, die mit dem in einer solchen Situation merkwürdigen Satz schloß: Der Worte sind genug gewechselt worden, laßt uns nun endlich Taten sehen! Noch hatte niemand zur Sache gesprochen außer dem Minister, und doch riet er, Schluß zu machen. Den Uneingeweihten mußte dies Diktum befremden; der Kenner der Verhältnisse aber erblickte in ihm eine tiefe Klage, daß sich bereits zwei Landtage vergeblich um die Wahlreform bemüht hatten, eine Klage mit dem Schlusssatz, daß nun endlich die Klode werden müsse. Doch es kam wieder einmal anders! Monatlang plätscherte der Redestrom in der Wahlrechtskommission ohne Aussicht, ans Ziel zu kommen. Vor Ostern sollten die Wahlrechtsarbeiten beendet sein, zu Ostern aber war man vom Ziele weiter als am Anfang. Vor Pfingsten, hieß es dann, sollte der Landtag geschlossen werden, und dann müsse auch die Wahlreform unter Dach und Fach gebracht sein. Pfingsten kam, ohne daß etwas anderes erreicht worden wäre, als ein fragwürdiges Kompromiß zwischen den Konservativen und Nationalliberalen. Der Landtag wurde vertagt bis zum Herbst. Zu Weihnachten mindestens sollte der Landtag geschlossen und die Wahlreform erledigt sein. Jetzt, ein Jahr nach der allgemeinen Vorbereitung, trennen uns noch einige Wochen von dem Termin, an dem der Landtag geschlossen und das Wahlreformgebäude gekront werden sollte, indessen, es steht fest, daß in diesem Jahre der König und das Volk um das erhoffte Weihnachtsgeschenk kommen werden. Und es ist noch sehr fraglich, ob überhaupt eine Reform des Wahlrechts zustande kommen wird.

Das Kompromiß zwischen Konservativen und Nationalliberalen war aufgebaut auf der Grundlage eines Pluralismus, das den bürgerlichen Wahlen nach gewissen Merkmalen eine bis drei Zusatzstimmen einräumen wollte. Einen Differenzpunkt zwischen den beiden Parteien bildete noch die Frage der Wahlkreiseinteilung; strittig wären auch einige andre Punkte, so die Frage der Ganz- oder Dreiteilerneuerung, die Frage, ob ein gewisses Alter als Merkmal für eine Zusatzstimme gelten solle — kurz, das Kompromiß war alles andre eher, als ein fertiges Stück Arbeit. Am 20. September, vier Wochen vor dem Zusammentritte der Kammer, trat die Wahlrechtskommission wieder zusammen, um die strittigen Punkte zu regeln. Ueber der Wahlkreiseinteilung kam es jedoch schon in den ersten Tagen zum Krach, und schließlich zum vollen Bruch zwischen den Kompromißparteien. Die Frage der Wahlkreiseinteilung wurde im agrarischen Sinne gegen die Nationalliberalen gelöst. Eine neue Komplikation trat schließlich ein, als Graf Hohenthal seinen Eventualvorschlag machte, der dahin ging, die Wähler derart in zwei Gruppen einzuteilen, daß diejenigen Wähler, die durch die festgesetzten Merkmale ausgezeichnet sind, je vier Stimmen, die übrigen Wähler aber nur je eine Stimme haben sollen. Da gab es zunächst lange Gespräche bei diesen Wahlreform-

freunden. Die Konservativen erklärten sich nach einigem Besinnen „mit schwerem Herzen“ für das letzte Wort Hohenthals, um die Wahlreform nicht scheitern zu lassen. Bald darauf fanden sie aber solchen Gehör, daß sie dem neuen Vorschlag, daß sie in dem bekannten Geheimzirkular für ihn mobil machten, weil sie fürchten, beim Scheitern der Wahlreform könnte unter dem jetzigen Wahlgesetze ihre Herrschaft im Parlamente flöten gehen, wenn die Nationalliberalen unter diesem Wahlrechte des Kapitalismus par excellence sich auf ihre Selbständigkeit besinnen. Noch größeren Eifer entfalteten aber die Elemente des Mittelstandes für den Eventualvorschlag, nicht weniger als 500 Petitionen von Innungen und andern Mittelstandskorporationen sind bestimmt, der Forderung der Mittelstandsbretter Nachdruck zu verleihen. Der Eifer der Agrarier und Mittelständler allein kennzeichnet schon den Hohenthalschen Eventualvorschlag zur Genüge als ein unreaktionäres Machwerk. Es lohnt aber doch, diesen Vorschlag zur Rettung aus der Wahlrechtsnot etwas näher zu betrachten.

Nach dem § 10 des Entwurfs in seiner letzten Fassung sollen vier Stimmen haben alle Anhängen, auf deren Grundstück mindestens 100 Steuereinheiten haften, oder Landwirte, die mindestens 4 Hektar, oder Gärtner und Weinbauern, die mindestens 1 Hektar Land besitzen; weiter diejenigen, die ein Einkommen von mehr als 2200 Mk. versteuern; sodann alle öffentlichen und Privatbeamten, die ein Jahresgehalt von mindestens 1800 Mk. beziehen; ferner diejenigen, die zur Gewerbekammer wählen, und schließlich diejenigen, die eine wissenschaftliche Vorbildung durch Zeugnisse nachweisen können. Von den Landwirtschaft Treibenden würden an 55 000 Besitzer vier Stimmen haben, während etwa 90 000 Kleinbauern mit weniger als 4 Hektar nur eine Stimme erhalten würden. Die größeren und großen Bauern würden also unter allen Umständen die ländlichen Kreise beherrschen. Den gewerblichen Mittelstand der Städte haben die Agrarkonservativen besser bedacht, da jeder Handwerker und Krämer mit mehr als 600 Mk. Einkommen Gewerbekammerwähler ist und daher vier Stimmen hat. Unter den 230 000 privilegierten Wählern würden allein 130 000 Gewerbekammerwähler sein, zu denen noch etwa 30 000 Angehörige des städtischen Mittelstandes hinzukommen würden. Der städtische Mittelstand würde nach den angestellten Berechnungen über 640 000 Stimmen von überhaupt 920 000 Stimmen verfügen. Die Industrie und das Handelskapital zählen in ganz Sachsen noch nicht ganz 20 000 Handelskammerwähler, unter denen noch viele Nichtwohnberechtigte sind. Sie würden allein noch lange keine 60 000 Stimmen aufbringen können. Diese Stimmen der Industriellen und Handelstreibenden würden allerdings verstärkt durch die Privilegierten der städtischen Intelligenz mit mehr als 2200 Mk. Einkommen, sie würden aber auch dann nur den sechsten oder fünften Teil des Mittelstandes aufbringen können. Man sieht, in den ländlichen Wahlkreisen herrschen die Agrarier, in den städtischen geben die Mittelständler den Ton an. Die Nationalliberalen aber sind vollständig an die Wand gedrückt. Kein Wunder wenn sie nun in allen Tonarten Trübsal blasen.

Wie das Wahlgesetz, so soll auch die Wahlkreiseinteilung auf die Interessen der Landwirtschaft zugeschnitten werden. Nach der Feinklein-Wahlkreiseinteilung gibt es ländliche Wahlkreise mit 20 333, 24 117 und städtische mit 90 036 und 73 857 Einwohnern. Aber auch unter den ländlichen Wahlkreisen gibt es Differenzen mit 20 000 bis 53 000 Einwohnern. Die Verschiedenheiten gehen bei den Einwohnerzahlen um das Vierfache, bei den Wählerzahlen um das Dreieinhalbfache auseinander. Und all dies im Interesse der Agrarier, im Interesse der „Fläche“. Eine weitere Liebesgabe für die Agrarier ist das Verhältnis-system. Graf Hohenthal möchte die Verhältniswahl für das ganze Land eingeführt wissen. Dagegen opponieren die Agrarier, und Graf Hohenthal läßt seine Forderung der allgemeinen Verhältniswahl fallen, besteht jedoch auf deren Einführung für die großen Städte. Dies würde zur Folge haben, daß wenigstens in Dresden, Leipzig und Chemnitz auch die Arbeiter mit vier bis sechs Mandaten in Landtage vorzudringen könnten. Den Löwenanteil der

städtischen Wahlkreise würden die Mittelständler einheimen.

Um das Maß des Wahlrechtsabfalls nicht zu füllen, sondern zum Ueberlaufen zu bringen, haben 38 Mitglieder der konservativen Fraktion im letzten Augenblicke noch einen neuen Antrag eingebracht, wonach die Wählerliste nicht in zwei, sondern in drei Gruppen eingeteilt werden soll. Die Gruppen sollen diejenigen bilden, die ein bestimmtes Alter haben, ihnen soll eine Zusatzstimme eingeräumt werden. Dies würde dahin führen, daß eine Anzahl von Arbeitern zwei Stimmen hätten. Für die Arbeiter würde dadurch das Wahlrecht um eine Nuance verbessert, für die Industriellen aber würde es noch verschlechtert. Ein Röder für die nationalliberale Minderheit ist der Antrag also nicht. Und ob ihn Graf Hohenthal als eine Verbesserung des schließlich geschaffenen Zustandes anerkennen wird, ist auch noch sehr fraglich.

So stehen nun die Dinge, wenn am Montag die Schlußverhandlungen in der Zweiten Kammer beginnen sollen. Wie die Schwärze erden und ob überhaupt etwas zustande kommen wird, kann kein Mensch vorhersehen. Der Wahlrechtsminister verlangt, daß zunächst der Entwurf der Regierung feierlich verbrannt werde, ehe der Eventualvorschlag zur Beratung und Abstimmung kommt. Ob dann der Eventualvorschlag eine einfache Mehrheit finden werde, ist noch nicht völlig sicher. Ein nationalliberaler Abgeordneter hat dieser Lage in einer Verlesung ausgedrückt, er wisse bestimmt, daß nicht zustande kommen und daß es beim Dreiklassenwahlrechte bleiben werde. Ob er dabei an eine Ablehnung des Eventualvorschlags in der Zweiten oder aber in der Ersten Kammer gedacht hat, steht dahin. Sicher in dem Wirrwarr ist nur das eine, daß sich an den Verhältnissen der Arbeiter gar nicht ändert, mag der Eventualvorschlag angenommen werden oder es beim Dreiklassenwahlrechte bleiben — für sie geht der Wahlrechtskampf weiter. Das entrechtete Proletariat wird die Waffen erst niederlegen, wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht errungen ist.

## Arbeitslosigkeit.

Schwere Zeiten hat die eingetretene wirtschaftliche Krise wieder einmal über die Arbeiterklasse gebracht. Hunger und Verzweiflung denjenigen, die sich sonst gerade durchschlagen, Armut und Entbehrung den Bessergestellten, die in Zeiten der Prosperität regelmäßige Beschäftigung hatten. So wie ein frostiger Wintertag die Sinne, die in der schwülen angenehmen Sommerzeit leicht einschläfen, klar macht und scharf, so läßt die wirtschaftliche Not mit schonungsloser Klarheit die schreckliche Realität des Kapitalismus zum Bewußtsein kommen. Während der günstigen Konjunktur mag es manchem Arbeiter scheinen, als ob die heutige Gesellschaftsordnung doch nicht so schlimm sei, daß sie allen dogmatischen Behauptungen zum Trotz doch nicht soweit verbesserungsfähig sei, daß sich mit ihr auskommen läßt. Er mag sich dann vielleicht als Mitproduzent fühlen, der in der Produktion mit dreinsprengt hat, als Mitglied der Gesellschaft, der mit dem Kapitalisten als Gleicher über Tarife unterhandelt. Bricht die Krise ein, so wird er einfach auf's Pflaster geworfen; dann bekommt er Zeit, darüber nachzudenken, daß er im Kapitalismus nie etwas anderes ist, als ein Instrument, womit der Kapitalist Gold macht, als ein totes Werkzeug, das er wegwirft, wenn es ihm nicht mehr nützt.

Das ist die Funktion des Arbeiters, und davon ist die Arbeitslosigkeit der natürliche Ausbruch. Was dem Arbeiter ein schrecklicher Lebensinhalt ist, ist dem Kapitalisten die notwendige Grundlage der bestehenden Ordnung. Was von der Seite des Arbeiters gesehen, Arbeitslosigkeit heißt, heißt von der Seite der Bourgeoisie betrachtet, überflüssiges Angebot billiger Arbeitskräfte. Wie könnte sie dies als ein Uebel ansehen? Wenn sie es auch nicht offen zu räumen wagt, so fühlt sie sich doch nicht unglücklich darunter. Deshalb sind die Vertreter der Bourgeoisie bei Interpellationen auf die Methode angewiesen, die Wirklichkeit einfach zu leugnen; sie befrachten einige Zahlen und sagen, daß es hier nicht so schlimm ist wie anderswo.

## Seuilleton.

### Jnes.

Roman von Emil Kaiser.

(Nachdruck verboten.)

26]

Als Plank eines abends nach Hause kam, fand er im Schlafzimmer seine halbentkleidete Frau ohnmächtig vor dem Bette in einer dunklen Nulacke liegen. Es war eine herbe Enttäuschung für ihn, dann erst durch den sofort herbeigeholten Arzt die erste Kunde über Jnes Zustand zu erlangen. Ein tiefer Kummer bemächtigte sich seiner, daß sie mit diesem beglückenden Geheimnis wochenlang stumm hatte neben ihm herleben können. So tief hatte er sich die Klust nicht vorgestellt, die zwischen ihnen klaste, und für ihn, den Mann der geordneten Beziehungen, war es eine Verschärfung der Pein, daß er in der nächsten Zeit nicht einmal den Versuch machen durfte, in sie zu dringen, eine Erklärung ihrer beleidigenden Verschlossenheit zu erlangen, weil ihr Zustand die größte Schonung erforderte.

Auf Jnes Wunsch hatte Doktor Delius die Behandlung übernommen. Sie hatte zunächst einige Tage im Krankenhaus zubringen müssen und war dann nach Hause zurückgebracht worden, um dort ihre vollständige Genesung abzuwarten. Delius äußerte aber fortgesetzt ernsthafte Bedenken hinsichtlich ihres Zustandes. Sie litt keine erheblichen Schmerzen, doch stellte sich allabendlich Fieber ein, das sich zeitweilig zu großer Heftigkeit steigerte und auf die Dauer ihre Kräfte verzehrte, so daß sie bald kaum noch das Bett verließ. Dabei hatte die Abgespanntheit im allgemeinen nichts Erschreckendes für sie, sie fühlte sich, so lange es Tag war, ruhig und zufriedener als sonst in den letzten Monaten. Ihr ganzes Dasein war wie ein Traumzustand, nur Delius Besuche waren Augenblicke, in denen ihr Empfinden sich zum Wirklichkeitsbewußtsein erhob, sonst dämmerte sie so hin, angenehmen Traumereien hingegeben, in denen die männliche Erscheinung des Arztes eine besondere Rolle spielte. Mit seiner Bestimm-

heit, die, wenn es galt, sogar in Schroffheit umschlagen konnte, bot er ihrem Ansehungsbedürfnis einen ganz andern Halt, als ihr vorsichtig tastender und doch oft eigen-sinniger Gatte. Einem festen Willen sich unterwerfen, war ihr Wollust, die Zumutung, selbst einen Willen zu etwas Schwerem in sich auszubilden, machte sie nur verdrößlich. Schon das war ein Gefühl der Befreiung für sie, daß sie jetzt von Planks hohen Reden verschont blieb, und nur den strikten Anordnungen Delius sich unbedenklich zu fügen hatte. Sie machte sich nicht klar, wie weit ihre Leidenschaft für den Arzt sinnlicher Art sei, eben das, durch ihre Schwäche bedingt, das seelische Moment dabei mehr hervortrat, machte ihr die Empfindung für ihn neu und unvergleichbar, sie fühlte, wie ihr Wesen von Tag zu Tag seinem Einfluß mehr unterlag, und es entwickelte sich für sie ein stilles Glück in diesem Sichberücken.

So wäre ihr Dasein ein erträgliches gewesen, wenn nicht das Fieber es in zwei ganz verschiedene Phasen zer-rissen hätte. Ihre Nächte waren furchtbar. Wenn die Dunkelheit hereinbrach, kam eine fliegende Unruhe über sie. Mit ihrem Blut erhitzte sich ihre Phantasie, garkelte ihr grausige Bilder vor, und sang ihr Lieder, die sie schaudern machten in zitterndem Schuldberußtsein.

Es gab da Zwangsvorstellungen, die sie durch Wochen hindurch allnächtlich verfolgten, von denen sie um so weniger Loskommen konnte, je heftiger sie sich dagegen sträubte. Bruchstücke aus einer Ballade, die sie einst vernommen, flossen ihr ein, und ihr fieberndes Gehirn mußte sich nun mühen, sie zusammenzufassen in unendlicher Arbeit, um aus den Scherben ein Ganzes zu machen, wovor sie doch nur mehr erschrecken konnte.

Sie wußte noch: ein schönes Mädchen kam darin vor, das ging als Braut zur Heere hin, weil es sich vor der Mutterschaft fürchtete.

Denn die Schönheit ihrer Mutter ist der Kinder liebster Fraß.

Sieben braune Weizenkörner gab ihr die Heere, die sollte sie um Mitternacht in der verlassenen Heidemühle durch den Brautring in den Mahlgang werfen, dann sei sie gesiebt vor Mutter Schmerzen.

Und allnächtlich trat Jnes den schaurigen Gang über die finstere Heide an zu der einsamen, halbverfallenen Windmühle. Geheimnisvoll rauschte der Wind im Heidekraut, gepenstige Nachtvögel suchten an ihr vorüber und hauchten ihr mit flüsternder Stimme warnende Worte zu. Von Angst gepeitscht, schleppte sie sich weiter durch den tiefen Sand des vom bleichen Mondlicht erhellen Pfades, bis sie den Turm erreichte und die verfallenen Stiegen hinaufstapete. Ganz still wurde es plötzlich, wenn sie den längst ruhenden Mahlraum betrat, nur aus weiter, weiter Ferne kam klar und deutlich der zwölfmalige Silberklang eines Glöckchens über die schweigende Heide gezogen.

Und nun kam das Grausigste. Sie schleppte sich zum Mahlgang, zieht den Ring vom Finger und nimmt die Weizenkörner in die Hand.

Durch das Ringlein wirft hinunter Sie ein Korn zum runden Stein, Blöcklich wird die Mühle unter, Draufend fällt der Wind hinein.

Und die Mühle mahlt im Winde, Schauernd hört die junge Braut Leise, wie von einem Rinne Wimmern einen kurzen Laut.

Und so wirft sie nacheinander die einzelnen Weizenkörner hinunter, und jedesmal wiederholt sich der grausige Vorgang, und jedesmal muß sie die trivialen Verse dazu herbeten, aber die Körner in ihrer Hand werden nicht weniger, und das aufreibende Spiel endigt erst, wenn die Bewußtlosigkeit dichte und dicker Schleier auf ihr Gesicht legt.

Mehr und mehr quält sie sich auch bei wachem Bewußtsein mit der Frage, woher sie das Lied kenne. Sie dachte an jene Magd Rinna, aus ihrer Kinderzeit, die ihr man, des ähnlichen Lied vorgesungen hatte, aber bei all dieser war ihr die Melodie noch gegenwärtiger als der Inhalt. Den Gedanken, ihren Mann zu fragen, der das Lied viel leicht kannte, verwarf sie aus Furcht, ihm ein Schuld-bewußtsein zu verraten, das sie bei wachem Bewußtsein selbst nicht in so furchtbarem Maße empfand.

(Fortsetzung folgt)



und daß es nur eine zufällige, rasch vorübergehende Erscheinung ist.

Wenn aber die Krise sich verschlimmert, die Arbeitslosigkeit zu einem nationalen Unheil wird, wenn die hungernden Arbeiter sich im Bewußtsein ihres Rechtes laut fordernd auf die Straße begeben, dann erschreckt die Bourgeoisie über die Folgen ihres eigenen Systems. Dann möchte sie die schlimmsten Auswüchse aus der Welt schaffen. Dann tritt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als praktisches Problem an ihre Politiker und Gelehrten heran. Dann muß sich zeigen, was die bürgerliche Gesellschaft gegen die von ihr selbst hervorgerufene Not zu tun weiß.

Und was ist das Resultat? Nichts. Die bürgerliche Welt zeigt sich in ihrer nacktesten Unfähigkeit. Viele Bücher, Abhandlungen, Berichte werden zwar genug geschrieben. Aber als praktisches Resultat nichts selbständiges, kein eigener Gedanke, keine großzügige politische Maßregel. Ihre ganze Ohnmacht zeigt sich darin, daß sie nichts vorzuschlagen weiß, als was die Arbeiter selbst schon praktisch durchführten.

Die Arbeiter haben getan, was ihre beschränkten Mittel zuließen. Ohne Geld, ohne politische Macht, haben sie sich ihrer Organisationen bedient, um durch gegenseitige Versicherung der schlimmsten Not zu steuern. In Zeiten der Prosperität erheben die Gewerkschaften Beiträge, mit denen in Zeiten der Krise kleine Unterstützungen gewährt werden. Mehr können sie vorläufig nicht tun; eine Reichsversicherung, eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, einzuführen, liegt nicht in ihrer Gewalt.

Es ist bezeichnend für die herrschende Klasse, daß das Genter System, städtische Zuschüsse zu der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung, das höchste und beste ist, was sie in dieser Frage zu tun weiß. Das bedeutet, daß sie hier nicht als politisch herrschende Klasse, als Regierung auftritt, die als Leiterin der Gesellschaft ein gesellschaftliches Übel bekämpft, sondern bloß als bestehende Klasse, die aus ihrem Reichtum den Armen etwas gibt; aber nicht einmal fähig ist, diese Geldpenden selbst zu organisieren. Als regierende Klasse macht sie Bankrott. Ratlos steht sie dem Problem gegenüber. Kein Wunder; denn es kann auch auf dem Boden des Kapitalismus nicht gelöst werden.

Dies ist nun nicht so zu verstehen, als ob die sozialistische Gesellschaft erst da sein muß, und daß dann erst die Frage gelöst werden kann. Wenn wir über die Unmöglichkeit reden, im Kapitalismus die Arbeitslosigkeit aufzuheben, so bedeutet das keine technische Unmöglichkeit, sondern bloß die Unmöglichkeit für die Bourgeoisie, die Grundbedingungen ihres eignen Daseins zu untergraben. Richtiger ist es daher, wenn wir sagen: das Problem der Arbeitslosigkeit ist in einer Gesellschaft, worin die Bourgeoisie herrscht, nicht lösbar. Denn die Bourgeoisie will nichts ernsthaftes zur Lösung tun, kann es nicht, ohne ihr eigenes Klasseninteresse zu verletzen. Sobald aber das Proletariat die politische Herrschaft ergreift, wird das Problem sofort lösbar, und die Aufhebung der Arbeitslosigkeit durch Verschaffung produktiver Arbeit wird dann zugleich ein Hebel der Umwandlung des Kapitalismus zum Sozialismus sein.

In England ist neulich wieder ein Versuch gemacht worden — der nur durch das absichtliche Eingreifen des Ministers scheiterte — den Arbeitslosen produktive Arbeit auf dem Lande zu verschaffen. Technisch und finanziell können solche Versuche innerhalb bestimmter Grenzen ganz gut gelingen. Sie bedeuten jedoch eine Mißkehr zum häuerlichen Kleinbetrieb, können daher zwar dem Einzelnen helfen, liegen aber nicht auf dem Wege einer natürlichen fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung. Sie können nur in einem Lande emporkommen, wo durch die stagnierende Entwicklung einerseits ein ungeheurer Bodenlosig hilfloser Existenzen lebt, die in der Krise noch schlimmer hungern als sonst, andererseits eine zahlreiche Rentierklasse mit ungeheuren ererbten Reichtümern; wo die Klassen sich weniger scharf gegenüberstehen und die Sozialreformen einen philanthropischen Charakter tragen.

Wo aber, wie in Deutschland, die ökonomische Entwicklung im Sturmschritt vorwärts geht, wo der Klassenkampf heftig tobt, da denkt man an solche Mittel nicht. Da bekundet die Bourgeoisie scharf ihren Klassenhaß gegen das Proletariat, da weist sie entschieden jede vorgeschlagene Sozialreform, die zur Vinderung des Übels dienen könnte, ab. Reichsversicherung? Unmöglich! Neunstundentag? Undiskutabel! ruft sie. Da stellt sie durch ihre schroffe Weigerung, etwas zu tun, den Arbeitern klar vor Augen, daß es nur einen einzigen Weg zur Lösung der Arbeitslosenfrage gibt: einen scharfen, rücksichtslosen Kampf zur Eroberung der Staatsgewalt.

## Reichstag.

170. Sitzung vom Freitag, den 27. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch Sydow.

Die Steuerdebatte wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Wüßte man auf die Steuerentwürfe, so kann man mit Wilhelm Busch sagen:

Hier steht man ihre Trümmer rauchen.

Der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen.

(Weiterkeit.) In Trümmern liegt Branntweinmonopol und Vandalensteuer da. Hoffentlich werden die Trümmer der Gas- und Elektrizitätssteuer zugefügt, dagegen der Erweiterungsbau der Erbschaftsteuer vor demselben Schicksal geschützt. Wenn die Herren von der Rechten Opfer verlangen, müssen sie auch selbst Opfer zu bringen wissen. Der Hochadel scheint aber keine wirtschaftliche Vorteile den Opfern vorzuziehen. (Sehr wahr! links.) Mit dem Erbschaftsteuerprivileg der Landesfürsten und der toten Hand sollte ausgeräumt werden. — Herr Sped hat sich hier als eine unschmeichelte Schöne hingestellt (Weiterkeit), aber eine unschuldige Schöne ist das Zentrum nicht. (Erneute Weiterkeit.) An unserer Finanzmiserie trägt es ein gerütteltes und geschütteltes Maß von Schuld. Redner wendet sich scharf gegen die Elektrizitätssteuer und gegen die Inzeratenssteuer, mit der übrigens die beiden Kulturstaaten Serbien und die Türkei (Weiterkeit) schlechte Erfahrungen gemacht haben. Der Bedarf wird sich von 600 auf 800 bis 850 Millionen herabmindern lassen. — Statt der schönen Sparankündigung sollte der Reichskanzler Heber für Einführung der Sparankunft sorgen, und zwar besonders den Kriegsminister in diesem Sinne bearbeiten. Der Reichsfinanzsekretär allein ist machtlos. Steht der Reichskanzler nicht hinter ihm, so schwebt er in der Luft. (Zuruf: Seilen Sie ihn doch an! Große Weiterkeit.) Wir müssen einen verantwortlichen Reichsfinanzminister bekommen, gegen den der Reichstag nötigenfalls auch eine Klage erheben kann. (Sehr richtig! links.) Wir wollen an den großen nationalen Aufgaben ohne Rücksicht auf taktische Erwägungen mit-

arbeiten. Aber die konstitutionelle Frage steht in allerengster Verbindung mit der Reichsfinanzreform. Ein Volk, dem solche Opfer zugemutet werden, kann die Anerkennung seiner politischen Mündigkeit verlangen. Von der Zufriedenheit des Volkes hängt, wie Fürst Bismarck ausgeführt hat, unsere Wechsellast unsern Finanzen ab. Die Zufriedenheit des Volkes leidet aber unter der ungerechten Lastenverteilung. (Sehr richtig! bei den Freis.) So glauben wir, daß wir mit Durchführung der Parallellast, von der Herr v. Bayer in voller Uebereinstimmung mit der Fraktionsgemeinschaft gesprochen hat, dem Volk und dem Reich wertvolle Dienste leisten. (Lebhafter Bravo bei den Freisinnigen.)

Abg. Schmidt-Altenburg (Reichsp.) äußert unter Beifall der Linken im Gegensatz zu seinen Parteifreunden Bedenken gegen Ausdehnung der indirekten Besteuerung und bekämpft namentlich die Vandalensteuer.

Abg. Mommsen (freis. Vp.) freut sich über die Ausführungen des Vorredners und empfiehlt sie der Rechten zur Nachahmung. Wir lassen uns unsere Stellung zu der Vorlage nicht vom Grafen Schwerin-Löwis vorsehreiben. In die Dauer des Blocks glauben wir nicht. (Hört, hört!) Das Volk wünscht von den Interventionen bis zu den Arbeitern Befreiung des persönlichen Regiments. Daron wird auch das Rückzugswort der Parlamentarier nicht ändern. (Sehr richtig! links.) Das deutsche Volk kann stärkere Lasten tragen, aber die Lasten müssen anders verteilt werden. (Wohlfahrt! Zustimmung links.) Von den vorgeschlagenen Steuern sind einige nicht einmal das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Interessant ist, daß die einzige geforderte Steuer auf den Besitz, die Nachlasssteuer von eben den Großgrundbesitzern verlangt wird, die bei der Branntweinvorlage noch ein gutes Geschäft zu machen gesehen. (Hört, hört! links und Beifall links.)

Abg. Schweikherdt (freis. Vp.) äußert sich im Sinne des Vorredners. (Beifall links.)

Abg. Vogt-Grailsheim (wirtschaftl. Vp.) tritt für eine Reichsvermögenssteuer gegen Branntweinmonopol und Weinsteuern ein.

Abg. Windenwald (Ant.) verlangt eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik, Befreiung Deutschlands vom Joch der goldenen Horde, womit er die Juden meint. Enteignung der Kohlenbarone und Beschränkung der Nachlasssteuer auf die großen Vermögen. (Beifall beim Abg. Zimmermann und dem Abg. Dr. Böhm von der wirtschaftl. Vp.)

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

## Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Als einziger Punkt steht eine Petition des Zentralverbandes der Musikanten und des Musikerverbandes für Sachsen wegen Freigabe des Sonntags vor Weihnachten und des Sonntags Publica zu öffentlichen Tanzmusik vor Beratung. Aus dem Bericht des Abg. Dürr geht hervor, daß die Erste Kammer bereits beschloffen hat, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen und auch die Regierung eine ablehnende Haltung zu der Petition eingenommen habe. Die Deputation der Zweiten Kammer habe nicht verkannt, daß den Musikern durch das Verbot der Tanzmusik für bestimmte Sonntage großer materiell zugestanden werde. Deshalb habe die Deputation beschlossen, die Eingabe in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß sie, ohne die kirchlichen Kreise zu verletzen, nochmals eingehend erwägen solle, ob nicht wenigstens der Sonntag vor Weihnachten zu Tanzmusik freigegeben werden soll. Ohne Debatte beschließt die Kammer, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Die Wahlrechtsvorlage.

## Von Nah und Fern.

Die Riesenunterschlagung bei Koppel.

Berlin, 28. November. Das gesamte Material in Sachen der Unterschlagung Kluges, soweit es bisher festgestellt ist, ist gestern dem Untersuchungsrichter übergeben worden. Es laufen ununterbrochen Meldungen ein von Leuten, die von Kluge erjagt worden waren, ihm Wechsel zu diskontieren. Die unterschlagene Summe beläuft sich nach Angabe des Vorstands der Aktiengesellschaft Artur Koppel auf 400 000 Mk. Der Schaden wird durch die Verschlagung von Wertobjekten Kluges eine Verminderung erfahren, deren Höhe sich jedoch noch nicht feststellen läßt.

Vom Arbeitshaus ins Zuchthaus.

Stettin, 28. November. Das Schwurgericht verurteilte einen gewissen Becker, der nach seiner Entlassung aus dem Arbeitshaus der Prostituierten Solz die Rehle zu durchschneiden versuchte, zu 12 Jahren Zuchthaus.

Weitere Opfer der Rabbod-Katastrophe.

Hamm, 27. November. In der vergangenen Nacht, bzw. heute früh, sind im katholischen Krankenhause noch drei der auf der Beche Rabbod verunglückten Vergleute gestorben. Damit sind von den anfänglich Verletzten insgesamt acht ihren Verletzungen erlegen.

Die Mord-Affäre Steinheil.

Paris, 27. November. Der Richter André ist mit der weiteren Untersuchung in dem Verfahren gegen Frau Steinheil an Stelle des bisherigen Untersuchungsrichters Leydet beauftragt worden.

Die Liberté bringt eine neue Version über die Vorgänge in der Mordnacht im Mai. Danach wäre zwischen Herrn Steinheil und einem Herrn v. A., der in der Steinheil'schen Wohnung mit der Hausfrau über Gebühr lange allein geblieben sei, während der Hausherr und Frau Zaph sich bereits zurückgezogen hatten, ein Streit dadurch ausgebrochen, daß Steinheil von seinem Zimmer aus den Gast aufforderte, fortzugehen. Der kräftigere Herr v. A. hätte sich im Verlaufe des Streites, vielleicht unter dem Einfluß geistiger Getränke, auf Steinheil gestürzt und ihn getötet. Frau Zaph sei inzwischen einem Herzschlag erlegen. Herr v. A. und Frau Steinheil hätten dann die Fesselungskomödie inszeniert.

Der Matin hat den geheimnisvollen Namen auffindig gemacht, den Frau Steinheil nicht nennen wollte. Es handelt sich um diejenige Persönlichkeit, um deren willen Frau Steinheil ihre Erklärung abgegeben hat, um sich vor diesem Manne zu rechtfertigen. Das genannte Blatt gibt den Namen der betreffenden Persönlichkeit nicht direkt an, veröffentlicht aber ein drei Spalten langes Interview mit der betreffenden Person. Die Unterredung ist aus Mezières datiert. Es handelt sich um einen Schloßbesitzer im Alter von 54 Jahren, der im Besitze großer Reichthümer ist. Der Matin versichert, daß diese Person über jeden Verdacht erhaben sei. Der Abg. Berry wird in der Kammer eine Interpellation über die Haltung

der Justizbehörde in der Steinheil-Affäre einbringen. Wie es heißt, werde der Justizminister beantragen, die Beratung dieser Interpellation erst nach der Erledigung der übrigen bereits eingebrachten vorzunehmen.

Bergmannslos.

Stadde, 28. November. Auf der städtischen Beche Wallrop wurden zwei Vergleute durch herabfallendes Gestein verschüttet und sofort getötet.

Durch Spielerei.

Sulzbach a. d. Saar, 28. November. Der Gastwirt Münch hantelte in seinem Lokal mit einem Revolver und erschöß dabei den Direktor einer Damenkapelle. Münch wurde verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Vom nächsten Zeppelin.

Freiburg, 28. November. Graf Zeppelin ist zurzeit mit dem Bau eines neuen Luftschiffes eifrig beschäftigt, das in kurzer Zeit seiner Vollendung entgegen geht. Die Ballonets des neuen Luftschiffes sind aus Goldschlägerhaut hergestellt, einem Stoff, der aus dem Bauchfell der Rinder hergestellt wird und bedeutend widerstandsfähiger als der bisher gebrauchte, da er bedeutend stärker und leichter ist.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 28. November. Der Bezirkstag hat heute in seiner Sitzung einstimmig beschlossen, die Orte Müdern, Stütz und Büßen einzuberleiden; die Einberleidung von Stötteritz wurde mit 23 gegen 15, die von Döhl mit 25 gegen 13 und die von Proßwitz mit 25 gegen 14 Stimmen beschlossen.

Stettin, 28. November. Gegen die bulgarische Grenze sind, wie die Kölnische Zeitung aus Saloniki meldet, türkische Truppen vorgeschoben, und von Monastir nach Uskub sind 87 Wagen mit Kriegsmaterial abgefannt worden.

Frankfurt a. M. Der Berliner Vertreter der hülsoffiziellen Frankfurter Zeitung Stein schreibt, daß es bei den kommenden Debatten im Reichstag über die Ministerverantwortlichkeit aus politischen und psychologischen Gründen notwendig sein wird, die Person des Kaisers aus dem Spiele zu lassen. Sollten die Sozialdemokraten dem entgegen sein, so würden sie es zu einem Konflikt mit dem Reichstagspräsidenten und dem Reichstag treiben.

Neuyork, 28. November. Wie von amtlicher Seite bestätigt wird, ist zwischen Japan und Amerika ein Abkommen über die Politik beider Länder im Pazifischen Ozean getroffen worden. Dieses Abkommen bindet jede der beiden Mächte, die Besitzungen der andern zu achten und die Integrität Chinas zu verteidigen. Es gewährt allen Nationen dort gleiche Vorteile für Handel und Industrie. Ferner werden dem Abkommen gemäß Japan und Amerika für den Fall, daß Verwicklungen den bestehenden Zustand bedrohen sollten, darüber in Verhandlungen eintreten, was gemeinsam zu tun sei.

Petersburg, 27. November. Hier traf der Wortlaut des chinesischen Verfassungsentwurfs ein. Der erste Teil behandelt die Vorrechte des Monarchen. Die Monarchie ist für ewige Zeiten der gegenwärtigen Dynastie gesichert. Die Heiligkeit und die Würde des Monarchen sind unverletzlich. Der Monarch bestätigt die Gesetze und hat die Gesetzesinitiative. Ohne Genehmigung des Monarchen ist kein Gesetz gültig. Der Monarch eröffnet, schließt das Parlament und löst es auf. Nach der Auflösung des Parlaments sind sofort Neuwahlen auszusprechen. Der Monarch setzt die Beamtengehälter fest und besetzt die Beamtenstellen. Die Beamten sind nur Gehilfen des Monarchen. Eine Vermischung des Parlaments in Verwaltungsangelegenheiten ist unzulässig. Der Kaiser ist der Oberbefehlshaber über Meer und Flotte. Das Parlament hat auf militärische Dinge keinen Einfluß. Der Kaiser erklärt Krieg und Frieden und vertritt das Reich nach außen ohne Befragung des Parlaments. Er erläßt Verordnungen und kann im äußersten Nothfalle die Freiheit der Bevölkerung beschränken. Ferner besitzt er das Begnadigungsrecht und die Oberaufsicht über die Rechtspflege, wobei er an die bestehenden Gesetze gebunden ist. Der Kaiser bestimmt die Höhe der Zivilliste.

Das zweite Kapitel behandelt die Rechte der Bevölkerung. Die Freiheit des Wortes, der Presse, Versammlungen und Vereine ist innerhalb der gesetzlichen Grenzen garantiert. Bestrafungen sind nur gemäß den Gesetzen zulässig. Die Unantastbarkeit des Eigentums und der Wohnung darf nicht ohne Grund verletzt werden.

Der dritte Teil betrifft das Parlament. Das Parlament hat nur beratende Macht, keine gesetzgeberische Gewalt. Es darf sich nur mit Reichsangelegenheiten, nicht mit provincialen Sachen befassen und den Reichsetat nur nach Beratung mit der Regierung abändern. Es zerfällt in zwei Kammern, über deren Wahl das vierte Kapitel spricht. Des Wahlrechts verlustig erklärt werden Leute mit schlechtem Betragen, eigennützig und gewaltthätige Menschen, Schanktreuer, solche, die ihre Schulden nicht bezahlen, sowie Opiumraucher, Analphabeten und Leute zweifelhafter Abstammung. Die Stimmenabgabe ist geheim. Die genauere Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs bleibt der Zukunft überlassen. Ferner wurde ein kaiserlicher Erlass über die Uebergangsbestimmungen bis zur Einführung der Verfassung veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß 1910 die Mitglieder des konstituierenden Parlaments einberufen werden sollen, 1911 eine allgemeine Volkszählung stattfinden soll, 1913 das erste Reichsbudget versuchsweise aufgestellt wird; 1914 ist die örtliche Selbstverwaltung durchzuführen; 1915 wird die Zivilliste aufgestellt und 1916 sollen die Wahlen zum Oberhaus und Unterhaus ausgeschrieben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen 5 Prozent aller Chinesen lesen und schreiben können, mithin wahlberechtigt sein.

## Arbeiter-Sekretariat

Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeilher Strasse 52. Auskunftsbüro für Rechtsfragen usw. — Sprechzeit: Nur an Wochentagen von 1/2 11 bis 1 Uhr und 1/2 6 bis 1/2 8 Uhr.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!  
Seid unausgesetzt tätig für die Werbung  
neuer Abonnenten!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Richard Bahrdt in Leipzig-Neudorf.  
Verantwortlich für den Inzeratenteil:  
Friedrich Wille in Norddorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 28 Seiten.